

Keynesianismus - ein Phantom : Thesen zu einer Nachkriegsideologie

Autor(en): **Müller, Christoph**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **6 (1986)**

Heft 11

PDF erstellt am: **14.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651644>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Christoph Müller

Keynesianismus – ein Phantom

Thesen zu einer Nachkriegsideologie *

Apart from the necessity of winning the war, there is no task society today so important as the elimination of economic insecurity.

A.P. Lerner, U.S.-Keynesianer der ersten Stunde, 1943

1. Die Entwicklung in den siebziger Jahren hat so manches auf den Kopf gestellt, was lange Zeit nahezu widerspruchlos zum gesicherten Bestand politischer Erkenntnis gezählt wurde – und teilweise noch wird. Der “organisierte Kapitalismus”, mit seinen Institutionen der staatlichen “Regulierung” wirtschaftlicher Aktivität, der sozialtechnokratischen “wohlfahrtsstaatlichen” Kontrolle des politischen Prozesses, seinem “Legitimationsbedürfnis” gegenüber der lohnabhängigen Bevölkerung, erwies sich, entgegen nahezu allen Erwartungen, als krisenanfällig, “Legitimation” hin oder her. Trotz aller “Regulierung” und “Organisierung” hat der Kapitalismus auch in seiner Phase nach dem zweiten Weltkrieg seine prinzipielle ökonomische und damit auch soziale Instabilität nicht verloren.

Die Krise, die nicht so spektakulär ausfiel wie diejenige der “grossen Depression” in der Zwischenkriegszeit, aber langanhaltend ist und weitgehende ökonomische Konsequenzen und soziale Veränderungen bis hin zu kalter Verelendung von Teilen der Bevölkerung hat, stellte die Wirtschaftspolitik auf eine grosse Probe. In dieser Probe hat der Keynesianismus versagt, und weil der Keynesianismus in allen Ländern der westlichen “entwickelten” Welt Regierungsprogramm war, mit ihm auch die Regierungen. Mit der Entstehung von Massenarbeitslosigkeit hat sich gezeigt, dass der Keynesianismus als bestimmte wirtschaftspolitische Doktrin den Anspruch, der implizit jede Wirtschaftspolitik verfolgt, eine “vernünftige Ordnung” der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen einer Gesellschaft zu garantieren, nicht einlösen konnte – und zwar gemessen an den eigenen Zielsetzungen. Als “Leitlinie” zur Regierungspolitik ist seither der Keynesianismus abgelöst worden von “nicht-interventionistischen”, neoliberalen Konzepten. Seither ist auch wieder offen, was als alternatives Wirtschaftskonzept gelten kann. Keynesianische Vorstellungen haben Anhänger behalten, nur sind sie heute in der Opposition zu finden. Lassen sich damit kritische Positionen aufbauen oder handelt es sich angesichts der fragwürdigen politischen Perspektiven um eine nostalgische Rückbesinnung? In einer Zeit, in der eine kritische Neubestimmung einer alternativen Wirtschaftspolitik ansteht, und in der gleichzeitig die konservativ-liberale Politik die Formen und den Inhalt des Sozialstaates demontiert, wird man auf die widersprüchlichen Wirkungen zurückkommen müssen, die der Keynesianismus, einschliesslich seiner linken Version, freigesetzt hat. Denn ein guter Teil der heutigen Diskussion steht immer noch in diesen Tra-

ditionen.

2. In den sechziger Jahren hat die Nachkriegsgesellschaft in Westeuropa und den USA den Höhepunkt ihrer Entwicklung und ihre 'vollendete' Ausprägung erreicht. Damit realisierte sich ein gesellschaftliches Konzept, wie es in den Grundzügen bereits während des Krieges skizziert worden ist und wie es teilweise in der Zwischenkriegszeit quasi experimentell in der Praxis erprobt worden war. Die Atlantic Charta von 1941, in welcher Grossbritannien und die USA ihre Kriegsziele für die Öffentlichkeit festhielten, nennt als Programm die Durchsetzung der sozialen Grundrechte für die Bürger der Welt durch tiefgreifende Reformen, und die Vereinten Nationen halten gleich nach dem Krieg in der Menschenrechtserklärung fest: "Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft Recht auf soziale Sicherung; er hat Anspruch darauf, durch innerstaatliche Massnahmen . . . in den Genuss der für seine Würde und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen". Mit dieser und ähnlichen Erklärungen sollte eine neue Ära der freien Welt, des westlichen Kapitalismus eingeleitet werden. Mehr oder weniger explizit wurde damit die Verantwortung der Gesellschaft als ganzes für die soziale Lage aller ihrer Mitglieder erklärt. Etwas konkreter bedeutete dies, dass mit "innerstaatlichen Massnahmen" auf dem Gebiet der Wirtschaft eine keynesianische Politik für die "wirtschaftlichen Rechte", das hiess, für einen Arbeitsplatz mit einem entsprechenden Einkommen, gesorgt werden sollte.

Keynesianismus (und nicht Keynes) dominierte in dieser kurzen Zeit die Wirtschaftspolitik und die Vorstellungen der wirtschaftlichen Entwicklung. Regierungsprogramme und staatliche Politik bekannten sich nicht nur zu einer Vollbeschäftigungspolitik; in den jeweiligen nationalstaatlichen Gesetzgebungen wurden den Regierungen auch die Mittel in die Hände gegeben, die eine zielorientierte staatliche Beeinflussung des Konjunkturverlaufes ermöglichen sollten. Punktuell wurden tatsächlich einzelne wirtschaftspolitische Massnahmen in keynesianischer Logik durchgeführt. In ihr galt der Keynesianismus als *unité de doctrine*. Man war prinzipiell davon überzeugt, dass durch geeignete staatliche Massnahmen (Budget-, Kredit-, Geld- und Steuerpolitik), vorgenommen im richtigen Zeitpunkt und im richtigen Ausmass, die wirtschaftliche Entwicklung jederzeit steuerbar sei (Globalsteuerung), und dass deshalb – der entsprechende staatliche Wille immer stillschweigend vorausgesetzt – die im Kapitalismus anfallenden periodischen Wirtschaftskrisen ein für alle Mal ihr Ende gefunden hätten. Der "krisenfreie Vollbeschäftigungskapitalismus" war somit auch ein fundamentaler Baustein der gesellschaftlich dominierenden Ideologie, er war einer der Hauptpunkte in der propagandistischen "Auseinandersetzung" mit den realen Planwirtschaften.

Die keynesianische Phase ist also gekennzeichnet durch das Zusammenreffen aller dieser Elemente: Keynesianische Theorie, Deklaration ebensolcher Wirtschaftsprogramme, Einführung entsprechender staatlicher Mittel.

3. Keynesianische Wirtschaftspolitik ist der eine Teil dessen, was sich als die „Vision der neuen Gesellschaft“ konkretisiert hat. Der andere Teil ist die aktive Sozialpolitik. Staatliche soziale Sicherungssysteme gab es zwar schon lange, seit den Zeiten der präventiven und autoritär-patriarchalischen Sozialpolitik von Bismarck; ihre Leistungen waren aber äusserst beschränkt, und sie umfassten in aller Regel nur einen kleinen Teil der Bevölkerung. Nach dem zweiten Weltkrieg setzte sich eine allgemeine Tendenz durch, soziale Sicherungsnetze auszubauen. Nahezu die gesamte Bevölkerung wurde integriert, und in einigen Fällen orientierten sie sich nicht mehr an der Sicherung des absoluten Existenzminimums, sondern an der Erhaltung des sozialen Status (v.a. die Rentenversicherungen). Die alte Orientierung am Arbeitsmarkt blieb aber überall beibehalten, d.h. versichert wurden Ausfälle von Arbeitseinkommen. Damit sollte die wirtschaftliche und soziale Lage aller Teile der Bevölkerung generell stabilisiert und individuell abgesichert werden.

Diese zeitliche Übereinstimmung in den Absichtserklärungen für eine Vollbeschäftigungspolitik und einem Ausbau der sozialen Sicherungssysteme ist kein Zufall; es waren dieselben Ziele. In Grossbritannien schrieb Lord Beveridge im Bericht „Social Insurance and Allied Services“ (1942) zu Händen der Regierung, dass Vollbeschäftigung die Voraussetzung jeglicher Sozialpolitik sei, und ganz allgemein bürgerte sich die Ansicht ein, dass Wirtschaftspolitik ein Teil der Sozialpolitik sei.

In der Schweiz wurde im selben Jahr folgender Grundsatz neu in die Verfassung aufgenommen: „Der Bund trifft in Verbindung mit den Kantonen und der privaten Wirtschaft Massnahmen zur Verhütung von Wirtschaftskrisen und nötigenfalls zur Bekämpfung eingetretener Arbeitslosigkeit“. Ebenso wurde die AHV in Kraft gesetzt; der entsprechende Verfassungsartikel war 1924 vom Volk angenommen worden.

Der „Unternehmerstaat“ hatte politisch versagt (Oktoberrevolution, Faschismus). Die Aufrechterhaltung des Status quo der gesellschaftlichen Grundstruktur, des uneingeschränkten Privateigentums an den Produktionsmitteln, erforderte eine Reform. Diese wurde gefunden im Einbezug aller gesellschaftlichen Schichten – ein Einbezug natürlich in höchst ungleichem Mass: „Indem sie die ökonomische Position der Beteiligten zu stärken sucht, wahrt sie die Interessen der divergierenden Gruppen am Fortbestand des gesellschaftlichen Systems.“ (W. Hofmann, 1979).

4. Dieses „neue“ gesellschaftspolitische Konzept der Great Society, der sozialen Marktwirtschaft, des Dritten Weges, oder wie auch immer es genannt wurde, war nicht an eine spezifische Partei gebunden, es war kein „Parteienprojekt“. Es war so allgemein, dass es von allen regierenden und potentiell regierungsfähigen Parteien getragen werden konnte. Es war somit auch keine spezifisch sozialdemokratische Konzeption, sondern war tief verankert im gesellschaftspolitischen Bewusstsein der Nachkriegsgesellschaft.

Dies heisst nicht, dass es nicht radikalere und konsequentere Vertreter und „passivere“ Anhänger gab und dass die Sozialdemokraten nicht eine besondere politische Position bezogen haben, sondern nur, dass über die grund-

sätzliche Ausrichtung staatlicher Politik und ihr Verhältnis zur privatkapitalistischen Akkumulation breitester Konsens herrschte. Umstritten war – und blieb die ganze Zeit über – die konkrete Ausgestaltung der institutionellen Regelungen und Verhältnisse im einzelnen. Zu Vollbeschäftigungs- und Sozialpolitik bekannten sich aber ausnahmslos alle wichtigen Parteien, die Demokraten und die Liberalen in den USA (von Roosevelt bis Nixon), CDU und SPD in Deutschland, die Gaullisten in Frankreich, Labour Party und Tories in Grossbritannien (letztere haben auch die Verstaatlichungspolitik mitgetragen), Sozialdemokraten und Freisinnige in der Schweiz. Der Konsens war nicht nur parteienübergreifend, sondern auch international, bei allen nationalstaatlichen Besonderheiten.

5. Die Rolle, welche die grossen Parteien innerhalb dieser neuen Formierung einnahmen, war aber durchaus unterschiedlich. Damit divergierten auch ihre politischen Chancen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Nachkriegsgesellschaft. Es war eine Konstellation, welche die Sozialdemokraten begünstigte und die Voraussetzungen für ihre Regierungsbeteiligungen/Regierungsmehrheiten wesentlich verbesserte.

Wenn sozialdemokratische Parteien in der Zwischenkriegszeit an die Regierungsmacht kamen (so in Frankreich, Schweden, BRD), dann war dies insofern ein Novum, als diese Parteien durch eine Mobilisierung der Bevölkerung von unten getragen wurden. In der Nachkriegszeit war das nicht mehr der Fall. Sozialdemokratische Regierungen waren von nun an die politische Konsequenz der institutionalisierten Machtstruktur und ihrer hegemonialen Ideologie; sie waren somit Teil einer „präventiven Sozialpolitik“ von oben. Eine Mobilisierung der Massen hatten diese „Massenparteien“ nicht mehr nötig, es genügte ein staatsbürgerlicher Akt im Rahmen der formalen demokratischen Apparate (Organisierung von oben). Die Nachkriegsideologie hatte die unmittelbar materiellen Bedürfnisse der (lohnabhängigen) Bevölkerung zu den allgemein-gesellschaftlichen gemacht, in ihrem Namen wurden neue Politikfelder eröffnet. Genau diese Interessen hatten die sozialdemokratischen Parteien in ihren Wahl- und Parteiprogrammen immer vertreten, sie waren ihre Verkörperung. Die Durchsetzung des Gesamtinteresses und Anliegen im „Namen“ der Gesamtwirtschaft war ihnen somit auf den Leib geschnitten. Sie hatten keine traditionell engen Beziehungen zu Teilen der (Gross-)Industrie, sie konnten somit – ganz entsprechend der neuen Konstellation – ohne Rücksicht auf „Sonder“interessen glaubhaft auftreten.

Die soziale Marktwirtschaft/der Sozialstaat war die Gesellschaftsformation, welche politisch die organisierten Teile der Arbeiterbewegung favorisierte und ihnen ermöglichte, sich in Staatsparteien zu transformieren, die ihre politische Identität nur noch auf die soziale und institutionelle Basis des Staatsapparates abstützten.

6. 1947 wurde noch ein anderer Paragraph neu in die schweizerische Bundesverfassung aufgenommen, Artikel 34^{ter}: „Der Bund ist befugt, Vorschriften aufzustellen: a) über den Schutz der Arbeitnehmer, b) über das Verhältnis

zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, insbesondere über die gemeinsame Regelung betrieblicher und beruflicher Angelegenheiten; c) über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen und von anderen gemeinsamen Vorkehren von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden zur Förderung des Arbeitsfriedens ...“. In diesem Paragraph kommt zum Ausdruck, auf welcher sozialen Basis das Nachkriegsmodell begründet war. Darin wird etwas festgeschrieben, offizialisiert und zur staatlich-gesellschaftlichen Richtlinie gemacht, was sich auf Unternehmungsebene Schritt für Schritt spätestens seit den zwanziger Jahren angebahnt hatte, und „weisser Sozialismus“ genannt wurde. Es ist das „fordistische“ Modell der Organisation einer Unternehmung und ihrer internen sozialen Beziehungen: Gestaltung des Produktionsprozesses nach den Prinzipien von Taylor (Schaffung des Detailarbeiters und Verlagerung des Produktionswissens auf die Büroebene) und Aufbau eines bürokratischen Kontrollsystems zur Überwachung der „sozialen Seite“ der Produktion.

Dies setzte einen bestimmten Typ von Gewerkschaften voraus und wurde erst möglich, nachdem der „revolutionäre“ Teil der Arbeiterbewegung für lange Zeit entscheidende politische Niederlagen erlitten hatte. Es waren Gewerkschaften, welche auf den Betrieb ausgerichtet waren, welche die unternehmerische Entscheidungsbefugnis und Eigentumsordnung in keiner Weise in Frage stellten und sich darauf beschränkten, die Arbeitsplatzsicherheit zu erhöhen, „anständige“ Löhne auszuhandeln, im Falle von Entlassungen Sozialpläne zu fordern, kurzum, den „Tradeunionismus“ in seiner reinsten Form betrieben, und dies auch nur für die Stammarbeiterschaft (d.h. unter Ausschluss der Frauen, Unqualifizierten, ethnischen Minoritäten, Fremdarbeitern). Diese Institutionalisierung der Massenorganisationen und partiellen Integration in die Entscheidungen auf Unternehmungsebene unter der Voraussetzung einer politischen Linie, welche die „Verdienste“ der Unternehmerschaft „anerkennt“ – in der Schweiz wiederholt sich dies – formell ausgedrückt im Friedensabkommen – auch auf der Ebene des Staates. Die Organisationen der Arbeiterbewegungen werden auch dort in die Gesetzgebung und die bestimmende Politik einbezogen, wo sie nicht die Regierungsverantwortung tragen. In Westeuropa ist von diesen neuen institutionellen Beziehungen die „Konzertierte Aktion“ die bekannteste. In dieser „Aktion“ wurde zum Beispiel festgelegt, welches die „im volkswirtschaftlichen Interesse“ richtigen Lohnerhöhungen sind. In der Schweiz hat sich dadurch eine Verlagerung der Politik aus dem parlamentarischen Raum ergeben. Verbände und Organisationen bekamen in „vorparlamentarischen Verfahren“ wie in der Vernehmlassung quasi-legislatorische Gewalt, während der Bundesrat seine Praxis der Dringlichkeitsbeschlüsse ausbaute. Der korporatistische Staat ist die konsequente Erweiterung des Friedensabkommens auf gesamtpolitische Ebene, beide sind Ausdruck der gleichen politischen Konstellation. Und die Sozialdemokratie in der Regierung wiederholt das, was die Gewerkschaften in der Betriebskommission erreicht haben. Dies resultierte aus dem grossunternehmerischen System der Massenproduktion, welches die Arbeiterorganisation als solche nicht vernichten konnte, aber andererseits auch aus der Tatsache, dass die radikalen Teile der Arbeiterbewegung harte Niederlagen erfahren

mussten.

7. Die politische Konstellation auf Unternehmungsebene hatte auch ökonomische Folgen: Die Löhne wurden im Ausmass des Produktivitätsfortschrittes erhöht – das Kräfteverhältnis der Klassen, gemessen in der Lohn-Gewinn-Aufteilung blieb damit festgeschrieben – während die Grossunternehmungen ihren Spielraum bei der Preisfestsetzung auf den Märkten dazu ausnutzten, ihre Kosten ständig zu überwälzen.

Auf den Gütermärkten wurden dadurch die Preise inflexibel, ebenso auf den Arbeitsmärkten die Löhne. Für die „klassischen“ und „neoklassischen“ Ökonomen sind aber flexible Preise und Löhne die Steuerungsgrössen der Volkswirtschaft. In den dreissiger Jahren war ihnen zur Krisenbekämpfung denn auch nichts Besseres eingefallen, als eine Lohnsenkung vorzuschlagen. Keynes' Bedeutung und ‚Genialität‘ liegt nun darin, unter Berücksichtigung dieser Inflexibilitäten Strategien zur Überwindung ökonomischer Krisen aufzuzeigen. Der politischen Dimension, nämlich die Anerkennung der Position der Gewerkschaften, die an der Fähigkeit hing, für ihre Mitglieder Lohnpositionen zu bewahren, und die Tolerierung der Monopolstellungen von Unternehmungen, war er sich durchaus bewusst. Dies ist im wesentlichen auch der demokratische Gehalt der „keynesianischen Revolution“. Keynes lehnte einige grundlegenden Vorstellungen der „klassischen Theorie“ ab: das Say'sche Gesetz, wonach jedes Angebot seine Nachfrage findet, und die Konzeption, wonach der Arbeitsmarkt ein System sei, das von sich aus zum Gleichgewicht tendiert. Er kehrt die Fragestellung der früheren Theorie um. Nicht mehr die Beschäftigung, die Produktion bestimmt Einkommen und Märkte, sondern vielmehr die Märkte bestimmen den Umfang der Produktion und somit der Beschäftigung und des Einkommens. Die für die absetzbare Menge entscheidende Grösse ist der Konsum, den die Unternehmer aus einem bestimmten Einkommen erwarten können. Ihre Nachfrage nach Gütern richtet sich nach den Investitionen, die je nach geschätzter zukünftiger Gewinnentwicklung gross oder klein sind. Für die konjunkturelle Entwicklung entscheidend ist somit die Nachfrage. Soweit sie Konsumnachfrage aus (Lohn-)Einkommen ist, betrachtet Keynes sie als direkt vom Einkommen abhängig. Das ist der Kreislaufeffekt des Lohnes (sinkende Löhne bedeuten kleinere Einkommen, d.h. sinkende Nachfrage und damit sinkende Verkäufe der Unternehmer und schlechtere Gewinne). Die Investitionsgüternachfrage hängt von der Einschätzung ab, die von den Unternehmern über die Zukunft gemacht wird. Diese schwanken extrem und bringen ein Unsicherheitsmoment in den ökonomischen Kreislauf, was entweder Arbeitslosigkeit oder eine konjunkturelle „Überhitzung“ bewirkt. Ein entsprechend kompensierendes Verhalten des Staates und seiner Nachfrage kann die Gesamtnachfrage stabilisieren und damit Vollbeschäftigung sichern. Damit ist nicht die „General Theory“ dargestellt, sondern nur gezeigt, welche Rolle der Staat als „exogene“ Grösse bei Keynes spielen kann. Ähnliches gilt für die Beeinflussung der Grössen auf dem Arbeitsmarkt. Sind die Löhne aus irgendwelchen Gründen zu hoch, dann sollen nicht die Gewerkschaften und die Arbeiter gezwungen werden, tiefere Löhne zu akzeptieren, sondern durch eine staatliche Politik der Geldmengen-

ausdehnung kann eine Preissteigerung realisiert werden, was bei konstanten Geldlöhnen gleichbedeutend ist mit einem Reallohnverlust.

Keynes erklärt die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus aus der Stagnation der Nachfrage, was ihn in die Nähe von marxistischen Theoremen bringt. Er schlägt eine Strategie der Krisenbewältigung vor, welche er als Alternative zur „Sozialisierung der Ökonomie“ sieht: staatliche „Steuerung“ der Gesamtnachfrage und damit des nationalen Produktionsvolumens. Diese Ausdehnung der Aufgaben der Regierung rechtfertigte er „..... sowohl als das einzige durchführbare Mittel, die Zerstörung der bestehenden wirtschaftlichen Formen in ihrer Gesamtheit zu vermeiden, als auch als die Bedingung für die erfolgreiche Ausübung der Initiative des Einzelnen“. Bezüglich der Erfolgsmöglichkeit dieser Politik war er durchaus zurückhaltend, weil er die negativen Einflüsse der ungleichen Einkommensverteilung und der schwierigen Beeinflussbarkeit der Unternehmer sah. Er dachte sich daher, „dass eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investitionen sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird“ (J.M. Keynes, 1936).

8. Keynes ordnete sich mit seinen Vorstellungen in eine Koalition ein, die sehr heterogen war und sich in Umrissen schon in der ersten kleinen Depression in den USA der zwanziger Jahre abzeichnete. Damals forderte der amerikanische Präsident Wilson an einer Versammlung mit dem gesamten damals bestehenden Grosskapital, dass in der Krisenperiode die Löhne nicht gekürzt werden sollten – eine Auffassung, die auch Ford vertrat, aber dann wie die anderen in den entscheidenden Momenten nicht durchführte. Keynesianer vor Keynes gruppierten sich am Ende der Weimarer Republik in Deutschland als Gegner der krisenverschärfenden Deflationspolitik von Brüning. Sie forderten eine Ausdehnung staatlicher Nachfrage und die Einführung staatlicher Arbeits-einsatzprogramme.

Unter Hitler wurden diese Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit konsequent in Angriff genommen (vgl. etwa den Gereke-Plan 1933). In der Schweiz forderten auch Sozialdemokraten eine Kriseninitiative anfangs der dreissiger Jahre („Plan der Arbeit“). Eine solche politische Strategie musste sich gegen einige Widerstände durchsetzen. Die Unternehmer mussten dazu gebracht werden, von ihrer ausschliesslich einzelwirtschaftlichen Betrachtung abzuweichen, dass Löhne nichts als Kosten seien, und die Ideologen des Liberalismus mussten sich mit der erweiterten Funktion des Staates, und was ihnen schwerer fiel, mit der Tolerierung der organisierten Arbeiterbewegung und ihrer Institutionen abfinden.

Andererseits gingen andere Positionen weit über das hinaus, was Keynes vorgeschlagen hatte. Der Staat sollte in einem viel umfassenderen Sinn die Ökonomie steuern, die Einkommensverteilung verändern, die Produktion planen. Es waren Vorstellungen einer Planwirtschaft, versetzt mit einigen Resten der Marktordnung (Dritter Weg).

Es war die „Pax americana“, d.h. die USA, welche durch direkten oder indirekten politischen Druck für die richtige Mischung zwischen etatistischen und antietatistischen Elementen sorgte ; eine Mischung, die dann auch von

den Vertretern weitergehender Vorschläge im Prinzip akzeptiert und als Weg der Überwindung des Kapitalismus bezeichnet wurde. Die nach dem Krieg in vielen Ländern neu aufgenommenen Verfassungsartikel sprechen eine deutliche Sprache, auch der schweizerische: „Der Bund trifft in Verbindung mit den Kantonen und der privaten Wirtschaft Massnahmen zur Verhütung von Wirtschaftskrisen und nötigenfalls zur Bekämpfung eingetretener Arbeitslosigkeit. Er erlässt Vorschriften über die Arbeitsbeschaffung“. Von „Vollbeschäftigung“ wird darin nicht mehr gesprochen. In den USA einigt man sich nach langen Diskussionen auf die Formel von „ausreichender“ Beschäftigung, diese mit einer Arbeitslosenquote von 4 % definierend. Vollbeschäftigung war sozialpolitisch notwendig, durfte aber gleichzeitig nicht sein, weil die Unternehmer davon einen Druck auf die Löhne befürchteten. Staatliche Politik und Intervention musste sein, aber nur in Verbindung mit der „privaten Wirtschaft“. Diese richtige Dosierung der staatlichen Politik spiegelt sich im „Keynesianismus“, wie er in den USA theoretisch formuliert worden ist (Samuelson). Keynes wird darin um seine kritischen Elemente gereinigt, von Forderungen wie „Einkommensverteilung“ wird „abstrahiert“ – von nun an sind Leute, die sich auf Keynes berufen und dabei die sozialen Aspekte nicht vergessen „Linkskeynesianer“ – und es wird ein Modell konstruiert, das allein darauf ausgerichtet ist, den Einsatz der sozial neutralen staatlichen Mittel zur konjunkturellen Beeinflussung zu diskutieren. Dieselbe Diskussion findet auch auf der politischen Bühne statt, wo sich Regierungen und Oppositionen nur um den Zeitpunkt und das Ausmass der einzusetzenden Mittel (Staatsausgaben, Fiskalpolitik, Kredit- und Geldmengenpolitik) streiten.

9. Keynesianische Wirtschaftspolitik hat ihre Probe in der Realität nie bestanden, sie blieb, entgegen den meisten Einschätzungen, ein Papiertiger. In der praktischen Wirtschaftspolitik fand nie eine umfassende Anwendung und Erprobung zur Vermeidung einer grösseren Wirtschaftskrise statt, die Zeit der programmatisch deklarierten keynesianischen Wirtschaftspolitik war gleichzeitig eine Zeit raschen wirtschaftlichen Wachstums, was das Bekenntnis zur Vollbeschäftigungspolitik erleichtert hat. Effektiv sind nur punktuelle Eingriffe in „keynesianischer Absicht“ (Mitte der sechziger Jahre in der BRD) durchgeführt worden, aber diese erfolgten nicht in Situationen, in denen ein schwerwiegendes volkswirtschaftliches Ungleichgewicht drohte. Daneben wurde mit anderen Instrumenten operiert, vor allem in der Schweiz: mit der kontrollierten Öffnung und Schliessung des schweizerischen Arbeitsmarktes für ausländische Arbeitskräfte. Als sich dann Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre die Lage zuspitzte, brachen die Illusionen zusammen, und der Keynesianismus wurde aus dem Verkehr gezogen. In dieser Phase, in der Inflation und Arbeitslosigkeit gleichzeitig auftraten, blieben die staatlichen Steuerungsversuche wirkungslos. Die Theorie hatte Mühe, auf keynesianischer Basis diese Phänomene zu erklären; in der Politik folgte die rasche Hinwendung zum Monetarismus und zur Angebotsökonomie, welche Keynes auf den Kopf stellten und behaupteten, der „freie Markt“ sei in sich stabil und staatliche Politik nur dazu gut, Störungen und somit Arbeitslosigkeit zu produzieren.

Die „keynesianische Gesellschaft“ ist insofern immer nur eine Konzeption geblieben, als eine erfolgreiche und absichtsvolle Steuerung des ökonomischen Prozesses notwendig zu ihrem realen Kern zu zählen wäre. Diese Steuerungspotenz hat sich aber als Impotenz gezeigt, sie war immer nur Wunsch, das heisst, ihre Bedeutung ist nicht in der realen Ökonomie, sondern auf der programmatisch-ideologischen Ebene als Nachkriegsmodell zu suchen. Die Materialität der „keynesianischen Gesellschaft“ liegt in der sozialen und politischen Integration der institutionalisierten Arbeiterbewegung in den staatlichen Bereich, in der neuen Art, den politischen Kompromiss zu organisieren – was aber eigentlich nicht mehr mit dem Namen Keynes verbunden werden kann.

10. Die Linke wurde in der politischen Konstellation dieses Nachkriegsmodells an den Rand gedrückt. Einige konnten sich entschliessen, in diesem neuen Modell die demokratische und friedliche Transformierung des Kapitalismus in den Sozialismus zu sehen. Sie beteiligten sich mit den anderen politischen Gruppierungen an der Diskussion über den „richtigen Einsatz“ der keynesianischen Steuerungsmittel, d.h. sie boten politisch keine alternative Position mehr an; sie verlangten nur „mehr“ Einkommensumverteilung oder „schneller“. Sie waren Linkskeynesianer. Andere sahen im Keynesianismus eine „List der Geschichte“. Durch ihn werde der Kapitalismus bereits in eine andere Form überführt; auch sie gingen von der Steuerungsfähigkeit der privaten Akkumulation aus, die „man“ in der zu erwartenden (imperialistischen) Krise nur noch zu beerben habe. Keynesianismus war somit ein Anzeichen für den „Spät“kapitalismus und seine innere „Fäulnis“. Auch diese Position beteiligte sich an der Diskussion um den „richtigen Einsatz“, weil ihre Grundposition, die Vorstellung der organisierten Planwirtschaft, der Aufforderung zum sozialistischen Übergang gleichkam, und dieser stand in und nach dem kalten Krieg ja wirklich nicht auf der Tagesordnung. Dies war somit eine Position, die nicht erlaubte, auf alternativen Positionen in die konkrete Politik einzugreifen.

Heute steht die Linke in einem gewissen Sinne wieder dort, wo sie bei der Durchsetzung des Nachkriegsmodells stand. Als alternativ gelten keynesianische Wirtschaftsprogramme, modifiziert, um die neuen ökonomischen Bedingungen zu berücksichtigen und um den neuen Fragen gerecht zu werden. Staatliche Programme zur Sicherung der Beschäftigung (Memorandum-Gruppe in der BRD) und „perspektivische Entwürfe für die Wirtschaftsentwicklung, die Wirtschaftslenkung“ (Strahm 1986) werden wieder gehandelt. Man setzt Hoffnungen darauf, dass die Transformierung des Produktionsapparates nicht die Vereinzelung und Isolierung der Arbeiter vorantreibt (Produktion von Sonderinteressen, die nahezu unorganisierbar sind), sondern auch den „requalifizierten Gesamtarbeiter“ hervorbringt, welcher die neue soziale Basis der Neuauflage des alten Modells bilden könnte.

Es ist genau diese Stossrichtung, welche eine alternative Wirtschaftspolitik überwinden müsste, ohne ihrerseits den Fehler zu begehen, die Machtfrage als abstrakte Bedingung ihrer Realisierung zu stellen. Die heutige politische

Situation erfordert alles andere als einen Appell an den „keynesianischen Klassenfrieden“; dessen Grundlagen sind unwiderbringlich zerstört, sowohl die politischen wie die ökonomischen.

Alternative Wirtschaftspolitik steht vor neuen Fragen, inhaltlichen und politischen: einerseits steht sie in den Spannungsfeldern Ökologie-Ökonomie und Selbstverwaltung-Etatismus, andererseits muss ihre politische Ausrichtung neu bestimmt werden. Die aktuelle Entwicklung bietet dabei durchaus auch ihre Chancen, denn das alte Kalkül, dass man die Kuh füttern muss, wenn man sie melken will, hat ganz offensichtlich ausgedient.

ANMERKUNG

* Dieses Thesen- und Positionspapier ist im Rahmen einer Diskussion mit A. Frick, S. Arvanitis und Th. Heilmann über „Keynesianismus in der Schweiz“ entstanden. Wir hoffen, unsere Diskussion fortzusetzen und weitere Resultate vorlegen zu können.

LITERATUR

- Alt Vater E./Hübner K./Stanger F., 1983: Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus. Opladen.
- Buci-Glucksmann, C./Therborn G., 1982: Der sozialdemokratische Staat. Die „Keynesianisierung“ der Gesellschaft. Hamburg.
- Fröbel, F., 1980: Zur gegenwärtigen Entwicklung der Weltwirtschaft. Starnberger Studien 4, Frankfurt.
- Hofmann, W., 1979: Theorie der Wirtschaftsentwicklung. Sozialökonomische Studientexte, Bd. 3, Berlin.
- Keynes, J.M., 1936: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin.
- Lejionhufvud, P., 1973: Über Keynes und den Keynesianismus. Köln.
- Mattick, P., 1971: Marx und Keynes. Die Grenzen des gemischten Wirtschaftssystems. Frankfurt.
- Strahm, R.H., 1986: Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug. Zürich.
- Edwards, R., 1983: Herrschaft im modernen Produktionsprozess. Frankfurt.
- Zinn, K.H., 1986: Arbeit, Konsum, Akkumulation. Hamburg.